



22.049

## **Zivilgesetzbuch. Änderung (Unternehmensnachfolge)**

### **Code civil. Modification (Transmission d'entreprises par succession)**

*Erstrat – Premier Conseil*

#### CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.06.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

*Antrag der Kommission*  
Nichteintreten

*Proposition de la commission*  
Ne pas entrer en matière

**Hefti** Thomas (RL, GL), für die Kommission: Ihre Kommission für Rechtsfragen hat die Vorlage "Zivilgesetzbuch. Änderung (Unternehmensnachfolge)" an vier Sitzungen behandelt.

An der Sitzung vom 13./14. Oktober 2022 hat sie Anhörungen durchgeführt; der Ständerat ist in dieser Sache Erstrat.

Am 3. November 2022 hat sie in Anwesenheit von Bundesrätin Karin Keller-Sutter, damals noch Vorsteherin des EJPD, die Eintretensdebatte geführt und ist mit 8 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen auf die Vorlage eingetreten. An dieser Sitzung hat die Kommission der Verwaltung diverse Aufträge erteilt, so zu den Fragen: "Was ist unter dem Begriff 'Unternehmung', wie er im Projekt verwendet wird, zu verstehen?", "Trägt die vorgeschlagene Regelung der Situation, in der betriebsnotwendige oder nicht betriebsnotwendige Grundstücke im Eigentum des Unternehmens einen weit über dem Unternehmenswert liegenden Wert haben, genügend Rechnung?", "Könnte ein Kaufrecht für Miterbinnen und Miterben, die das Unternehmen übernehmen wollen, aber letztlich nicht zum Zug gekommen sind, in die Vorlage aufgenommen werden?" und "Würden Anpassungen im Zivilprozessrecht nicht allenfalls die Unternehmensnachfolge erleichtern, namentlich durch eine Beschleunigung von Verfahren?".

An der Sitzung vom 26./27. Januar 2023 haben Vertreter der Verwaltung der Kommission die von der Verwaltung erarbeiteten Papiere präsentiert; die Detailberatung wurde für die nächste Sitzung vorgesehen. Der Verwaltung hat die Kommission zusätzlich den Auftrag erteilt, eine Bestimmung zu entwerfen, die es einem Unternehmer erlauben würde, mittels letztwilliger Verfügung die Anwendung der Bestimmungen über die Unternehmensnachfolge auf seinen Nachlass auszuschliessen, sozusagen eine Opt-out-Klausel.

Am 17./18. April 2023 fand dann im Kanton Genf, dem Kanton des Präsidenten, die Detailberatung statt. Zu Beginn

AB 2023 S 637 / BO 2023 E 637

wurden der Kommission die Ergebnisse der Abklärung zur Opt-out-Klausel vorgestellt. Diesbezüglich sah sich die Verwaltung nicht in der Lage, eine generelle Opt-out-Klausel vorzuschlagen, machte aber den Hinweis, dass der Erblasser seine Unternehmensnachfolge von den zentralen Bestimmungen des Entwurfes ausnehmen könne, indem er zum Beispiel einen oder mehrere Unternehmensnachfolger bezeichne oder letztwillig den Verkauf des Unternehmens anordne.

In der Detailberatung wurden drei Anträge aus der Mitte der Kommission angenommen, nämlich erstens, dass sich das Unternehmensnachfolgerecht nicht auch auf einfache Gesellschaften erstreckt; zweitens, Artikel 617 Absatz 2, dass der Zuweisungsanspruch eines pflichtteilsberechtigten Erben, der im Unternehmen bereits tätig ist, demjenigen der anderen Erben vorgeht; sowie drittens, Artikel 619 Absatz 3, dass die gestundeten Beträge angemessen zu verzinsen und sicherzustellen seien, es sei denn, der Fortbestand des Unternehmens





sei durch solche Massnahmen gefährdet. Schliesslich wurde auch ein Antrag der Verwaltung angenommen, welcher der Tatsache Rechnung trägt, dass es fortan keine neuen eingetragenen Partnerschaften mehr geben kann.

Nach der Detailberatung nahm die Kommission die Gesamtabstimmung vor, welche ergab, dass die Vorlage mit 7 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt wurde, was einem Nichteintreten gleichkommt.

Daher beantrage ich Ihnen im Namen der Kommission, nicht auf diese Vorlage einzutreten.

**Präsidentin** (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Entschuldigung, Herr Hefti, fahren Sie noch weiter?

**Hefti Thomas** (RL, GL), für die Kommission: Ich hätte noch einige Ausführungen zu machen. (*Heiterkeit*)

**Präsidentin** (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Diese können Sie selbstverständlich machen.

**Hefti Thomas** (RL, GL), für die Kommission: Im Folgenden werde ich kurz die Geschichte der Vorlage und die Frage, ob Handlungsbedarf besteht, beleuchten, danach einige zentrale Punkte der Vorlage und schliesslich die Bedenken der Kommission erwähnen.

Die Botschaft ist eine Folge der Motion von alt Ständerat Gutzwiller 10.3524, "Für ein zeitgemässes Erbrecht". Aufgrund der Annahme dieser Motion präsentierte der Bundesrat als Erstes eine Botschaft zum allgemeinen Erbrecht, welche insbesondere eine Reduktion der Pflichtteile brachte. Diese Vorlage passierte die Räte und ist am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten. Bei der Beratung dieser Vorlage – also derjenigen, die in Kraft getreten ist – wurde in Ihrer Kommission oft bemerkt, dass die Reduktion der Pflichtteile einen wesentlichen Fortschritt bei der Übertragung von Unternehmen darstelle. Auch in Erfüllung der Motion Gutzwiller präsentierte der Bundesrat nun die Botschaft vom 10. Juni 2022 zur Unternehmensnachfolge. Eine dritte Vorlage für die Regelung eher technischer Fragen ist in Aussicht gestellt worden.

Für die heute zur Debatte stehende Unternehmensnachfolge wurden auch die Experten und Expertinnen, die bei der ersten Vorlage beigezogen wurden, wieder konsultiert. Es handelt sich um neun Personen: sechs Anwältinnen oder Anwälte und Notare, eine Oberrichterin, eine Ersatzrichterin und Gerichtsschreiberin sowie Professor Paul-Henri Steinauer, der inzwischen verstorben ist.

In der Vernehmlassung fand der Vorentwurf eine überwiegend positive Aufnahme. 18 Kantone begrüsst ihn, nur 1 Kanton war ausdrücklich dagegen. Von 5 in der Bundesversammlung vertretenen Parteien sagten 4 Ja und nur eine, die SVP, Nein. 17 von 27 Organisationen begrüsst den Vorentwurf, nur 1 Organisation sprach sich ausdrücklich dagegen aus. Kürzlich, vor etwa zehn Tagen, hat sich das Centre Patronal Vaudois der Kommission, wenn man so sagen will, angeschlossen und auch gesagt, es sei nicht auf diese Vorlage einzutreten.

In der Botschaft wird auf Seite 7 von 50 aufgeführt, dass pro Jahr etwa 14 000 bis 16 000 Unternehmen vor einer Unternehmensnachfolge stehen und bei rund 3400 davon Finanzierungsprobleme aufgrund erbrechtlicher Regelungen auftreten könnten. In der Kommission bestand diesbezüglich keine Einigkeit. Insbesondere wurde von einzelnen Mitgliedern in Abrede gestellt, dass eine grosse Anzahl von Unternehmen wegen erbrechtlicher Fragen liquidiert werden müsse, wie das in der Botschaft des Bundesrates auf Seite 6 steht. Gründe dafür, dass Unternehmen nicht weitergeführt würden, seien eher darin zu finden, dass es keinen Nachfolger oder keine Nachfolgerin gebe. Insbesondere bei Gaststätten und Restaurants seien die Auflagen der Lebensmittelkontrolle bei einer Nachfolge derart belastend, dass die Betriebe eingestellt würden. Auch in anderen Branchen würden neue Regulierungen oft dazu führen, dass kleinere Betriebe den damit verbundenen administrativen Aufwand als zu belastend empfinden und eine Stilllegung bevorzugen. Im Übrigen sei darauf verwiesen, dass eine angehörte Person auf eine entsprechende Frage ausführte: "Dans ma pratique, je n'ai jamais eu connaissance d'entreprises ayant dû être liquidées à cause d'un problème successoral." Allerdings kommt es durchaus vor, dass Unternehmen an Dritte veräussert werden, weil sich niemand unter den Erben in der Lage sieht, allenfalls andere Erben auszuzahlen.

Bevor ich nun auf die wichtigsten Massnahmen der Vorlage eingehe, sei Seite 12 der Botschaft des Bundesrates in Erinnerung gerufen, wo die Bedenken der Gegnerinnen und Gegner wie folgt zusammengefasst werden: "Nach Ansicht der Gegnerinnen und Gegner des Vorentwurfs räumen die gegebenen zivilrechtlichen Möglichkeiten grundsätzlich genügend Handlungsspielraum für die Unternehmensnachfolge ein. Die vorgeschlagenen Massnahmen ergehen ausnahmslos zulasten der pflichtteilsberechtigten Miterbinnen und Miterben, stellen einen sehr einschneidenden Eingriff in die bestehenden Eigentumsrechte der Erbinnen und Erben dar und führen zu Erbstreitigkeiten."

Einige der wichtigsten neu vorgeschlagenen Massnahmen sind insbesondere die integrale Zuweisung des Unternehmens an einen Erben, dann der Zahlungsaufschub, schliesslich Regelungen zum Anrechnungswert



des Unternehmens und zum Zeitpunkt, in dem dieser Anrechnungswert bestimmt wird. Artikel 618 des Gesetzentwurfes sieht nun vor, dass pflichtteilsberechtigten Erben es ablehnen können, dass ihnen ihr Pflichtteil in der Form einer Minderheitsbeteiligung an einem Unternehmen ausbezahlt wird. Bis jetzt entspricht das der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, aber es steht nicht im Gesetz. Neu soll diese Praxis Gesetz werden.

Zudem richtet sich die Gesetzesnovelle nach folgenden zwei Prinzipien, wie man auf Seite 8 der Botschaft nachlesen kann:

1. Es geht um das Interesse der Allgemeinheit, das Unternehmen als solches zu bewahren: "Es sollen nicht in erster Linie die Unternehmerin oder der Unternehmer oder die erbberechtigten Personen geschützt werden, sondern das Unternehmen selbst, damit im Interesse der Allgemeinheit Arbeitsplätze erhalten werden und die Wirtschaft gefördert wird." Das tönt an sich eher nach Strukturhaltung. Die Massnahmen gehen zulasten der Ansprüche der pflichtteilsberechtigten Miterbinnen und Miterben sowie zulasten der Gleichstellung der Erben und Erbinnen unter sich.

Man kann sich fragen, ob das tatsächlich der Zweck des Erbrechts sein soll. Diese Frage hat die Kommission während der ganzen Beratungen beschäftigt. Man kann sich insbesondere fragen, ob es richtig ist, zulasten der Gleichbehandlung der Erben zu legiferieren. Damit geht auch eine Einschränkung der Verfügungsmacht des Erblassers einher.

2. Die Vorlage strebt die Einheit von Unternehmensführung und Kapital an, oder wie sich eine der angehörten Personen ausdrückte: "Die Revisionsvorlage geht resolut davon aus, dass die Unternehmensnachfolge durch einen Erben die einzige mögliche Lösung ist, um die Auflösung eines Unternehmens und damit den Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden."

**AB 2023 S 638 / BO 2023 E 638**

Ich komme noch auf die Bedenken der Kommission zu sprechen: Die Massnahmen bieten wohl in manchen nicht geregelten, verfahrenen Situationen Vorteile, doch gaben sie der Kommission auch Anlass zu Bedenken. Die integrale Zuweisung an einen Erben nach dem Prinzip der Einheit von Unternehmensführung und Kapital kann sich auch als fatal erweisen. Wenn ein Erbe willig ist, Unternehmer zu werden und das Unternehmen zu übernehmen, genügt das allein für die Zuweisung. Es folgt keine Prüfung der Eignung. Die Eignung spielt dann keine Rolle. Das ergab sich aus den Anhörungen klar. Im bürgerlichen Erbrecht geht das nicht in dieser Art und Weise. Es ist in dieser Vorlage erst dann gerechtfertigt, die Eignung in gewissem Sinne zu überprüfen, wenn zwei oder mehr Erben die Unternehmensführung übernehmen wollen.

Nehmen wir nun an, der eine Erbe, der das Unternehmen erhalten hat, wirtschaftet schlecht, geniesst einen ihm gewährten Zahlungsaufschub von fünf bis acht Jahren, die Verzinsung der Anteile der nicht am Unternehmen beteiligten Erben wurde tiefer als der Marktzins angesetzt, und es wurde keine Sicherheit verfügt, so können die nicht zum Zuge gekommenen Erben praktisch leer ausgehen. Solches ist eine Situation, die der Mehrheit der Kommission nicht richtig erschien. So vernünftig ein gewisser Zahlungsaufschub auch sein mag, so richtig es ist, bei der Verzinsung massvoll zu sein: Wenn sich das aber noch mit der Ablehnung einer Sicherstellung oder mit einer ungenügenden Sicherstellung paart, kommt es zu einem massiven Ungleichgewicht zwischen den pflichtteilsgeschützten oder nicht pflichtteilsgeschützten Erben und demjenigen Erben oder derjenigen Erbin, welcher oder welche den Zuschlag für das Unternehmen erhalten hat.

Zum Schluss noch ein Blick auf die Verfahren: Es mag einerseits eintreffen, dass die Novelle den Effekt hat, dass es zu weniger Streitigkeiten kommt. Es eröffnen sich aber andererseits auch neue Felder für Streitigkeiten und Prozesse. Zum Beispiel: Was alles ist ein Unternehmen? Auf welche Kriterien wird sich ein Gericht stützen, wenn zwei oder drei oder mehr Erben Anspruch auf die Übernahme anmelden? Diese Fragen werden sich vielleicht mehr stellen, als wir jetzt denken, denn nur wenn mehr als ein Erbe Anspruch auf die Übernahme erhebt, kann überhaupt eine Aussortierung nach einer gewissen Eignung gemacht werden. In welchem Umfang ist die Sicherheit angebracht oder nicht? Wie ist die Verzinsung anzugehen? Welche Teile eines Unternehmens sind nicht betriebsnotwendig und werden damit nicht dem Übernehmenden zugeschlagen? Ist zum Beispiel Reserveland betriebsnotwendig oder nicht, respektive in welchem Umfang? Und so weiter und so fort.

Was bedeutet es für das Unternehmen, wenn es zu Prozessen kommt? Wie lange dauert die Unsicherheit? Wie lange muss man warten, bis eine Entscheidung getroffen ist? Die Frage eines Kommissionsmitglieds in diesem Sinne, ob parallel zur Änderung des Zivilgesetzbuches nicht auch Änderungen in der Zivilprozessordnung angedacht werden müssten, mit dem Ziel, raschere Verfahren zu erreichen, brachte im Moment keine überzeugenden Lösungen. Das Gleiche galt für die Frage, ob es nicht möglich wäre, gesetzliche Kaufs- oder Vorkaufsrechte zugunsten der nicht zum Zuge gekommenen Miterbinnen und Miterben einzufügen.

Zum Fazit: Das alles ging den Mitgliedern der Kommission durch den Kopf – und vielleicht nicht zuletzt auch



der Gedanke, ob nicht zunächst der Effekt der Erhöhung der disponiblen Quote abzuwarten sei –, als es dann zur Gesamtabstimmung kam. Das Ergebnis liegt Ihnen nun vor, und demnach beantragt die Kommission Nichtetreten, dies allerdings im Wissen, dass es einen Zweirat gibt, der sich die Frage noch einmal stellen wird.

**Sommaruga** Carlo (S, GE): Avec ma prise de parole d'aujourd'hui, pour plaider en faveur de l'entrée en matière, je vais faire un saut extraordinaire dans le "rating" de l'Usam, dans la mesure où je vais prendre position conformément à la recommandation de l'Usam d'entrer en matière.

Je ne vais pas revenir trop en détail sur le projet qui nous est présenté. En commission, en tant que président, je n'avais pas la possibilité de m'exprimer sur ce projet. J'ai écouté les débats: effectivement, il y avait beaucoup de critiques. Mais j'aimerais juste remettre les choses en perspective: ce n'est pas un projet technocratique sorti comme ça de l'Office fédéral de la justice, mais c'est une motion – comme cela a été rappelé par le rapporteur de la commission – déposée par notre ancien collègue Felix Gutzwiller, qui a présenté la nécessité d'agir. Il ne l'a pas fait tout seul dans son cabinet médical: non, il l'a fait en relation avec les milieux économiques. Ce sont ces derniers qui étaient derrière pour pouvoir régler, dans le cadre de la succession, les questions de succession des entreprises. Cette motion a été acceptée par les deux conseils: on a donc donné une direction et montré la volonté de résoudre des problèmes qui existent.

On peut se dire que, peut-être, l'Office fédéral de la justice et le Conseil fédéral étaient mal conseillés. Mais je rappelle que – et cela a été dit par le rapporteur de la commission – un certain nombre d'experts, tous des experts en matière de droit des successions, ont servi l'Office fédéral de la justice pour présenter un projet qui correspondait au mieux à une pesée des intérêts entre les règles générales de la succession et la question de la pérennité des entreprises au moment de la succession. Ce projet a été envoyé en consultation: comme cela a été dit par le rapporteur de la commission, une écrasante majorité des entités consultées est favorable à ce projet. Parmi les différents cantons, 18 ont donné un avis favorable, un autre canton a indiqué qu'il était favorable à son orientation et un seul canton s'y est opposé, en laissant la liberté individuelle au de cujus. En outre, quatre partis se sont exprimés en faveur du projet et un seul parti a contesté cela. Et puis, parmi les organisations, que ce soient les organisations économiques en général ou d'autres, 27 ont salué ce projet, trois en ont approuvé la direction et une seule s'y est opposée.

Alors peut-être est-ce la même que celle citée par le rapporteur de la commission, à savoir le Centre patronal, ou peut-être que maintenant il y en a deux. J'avoue ne pas avoir été vérifier ce qu'il en était. Mais, j'attire votre attention sur le fait que l'Usam nous a encore écrit dernièrement pour nous dire que cet enjeu, qui pouvait toucher jusqu'à 16 000 entreprises, existait. Ce ne sont pas seulement 16 000 entreprises, ce sont des dizaines de milliers d'emplois, ce sont des personnes qui peuvent se retrouver au chômage à la suite d'une mauvaise succession de l'entreprise, avec la faillite de cette dernière qui peut intervenir. Je vous propose donc de réfléchir à l'ensemble de ces éléments et de vous dire que le processus qui a été mené jusqu'à maintenant est un processus qui a un appui politique certain et qui doit être pris en considération. Alors, il faut bien voir que le modèle sous-jacent n'est pas venu de nulle part. On a un modèle comparable dans le monde agricole, avec la question de la succession. Là aussi, un héritier est choisi, et, une fois qu'il l'est, des garanties financières et des modalités sont faites pour éviter que l'exploitation agricole ne soit mise en danger. Ce modèle permet d'assurer la viabilité économique de l'exploitation agricole. C'est un peu dans le même sens que des dispositions sont aujourd'hui proposées dans le projet de loi qui nous est soumis.

En d'autres termes, je pense que l'on peut aujourd'hui faire des critiques – je suis d'accord, puisque j'en ai aussi à faire sur le projet –, mais on ne peut pas simplement jeter le bébé avec l'eau du bain. Il s'agit aujourd'hui de faire ce travail en commission et de proposer des alternatives. Je propose donc de renvoyer l'objet en commission, c'est-à-dire d'entrer en matière puis de renvoyer l'objet en commission pour qu'il y ait des éléments de correction qui soient faits, plutôt que d'attendre que ce soit à nouveau le Conseil national qui rentre en matière et qui nous dicte à nous, Conseil des Etats, chambre de réflexion, d'entrer à nouveau en matière.

Je vous prie donc d'entrer en matière.

**Würth** Benedikt (M-E, SG): Ich kann die Argumente des Berichterstatters der Kommission im Grundsatz auch nachvollziehen. Ich sehe die Bedenken, die Herr Hefti hier geäussert hat. Trotzdem dünkt mich die Folge aus diesen Bedenken –

AB 2023 S 639 / BO 2023 E 639

nicht einzutreten – nicht sachgerecht. Ich empfehle Ihnen, dem Bundesrat zu folgen und auf die Vorlage einzutreten.





Wenn ich durch die KMU-Welt gehe – ich bin noch viel unter Gewerblern und an solchen Anlässen und Seminaren –, dann höre ich seit Jahren, dass wir hier ein Problem haben. Darum überrascht es mich auch nicht, dass uns der Gewerbeverband nochmals ans Herz legt, auf die Vorlage einzutreten.

Nun, wenn ich dem Berichterstatter vorhin richtig zugehört habe, dann sagt er namens der Kommission, wenn man sich nicht einigt, werde unter Umständen die Unternehmung verkauft und der Erlös verteilt. Das ist eine logische Ableitung aus diesem Szenario. Die Frage stellt sich einfach: Wollen wir das? Das ist letztlich der Kern dieser Vorlage: Wollen wir, dass Familienunternehmen in einer solchen Streitsituation einfach verkauft werden? Gut, man kann sagen, unter Umständen ist das für das Unternehmen eine bessere Lösung. Für viele Familienunternehmen ist aber allein der Umstand, dass man ein Familienunternehmen ist, dass man diese Tradition hat, die essenzielle DNA.

Wenn es uns ein Anliegen ist, dass wir im Erbrecht Rahmenbedingungen schaffen, damit Familienunternehmen möglichst erhalten werden können – und ich bin der Meinung, das ist ein legitimes Anliegen –, dann sollte man auf diese Vorlage eintreten, mit der Konsequenz, dass in einem Streitfall ein Richter oder eine Richterin einem geeigneten Nachfolger die Zuteilung geben kann. Ich finde aber, das ist eigentlich auch die Aufgabe eines Gerichtes. Natürlich gibt es bei einem Gericht nicht immer nur lachende Gesichter, sondern auch Gesichter, die nicht zufrieden sind. In der Abwägung der Zielsetzung, die mit dieser Vorlage verbunden ist, finde ich aber, dass es doch ein legitimes Anliegen ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir möglichst den Erhalt von Familienunternehmen sichern können.

Vor diesem Hintergrund bin ich der Meinung, wir sollten dem Bundesrat folgen und auf diese Vorlage eintreten. Ich bin mir bewusst, dass ich hier wahrscheinlich in der Minderheit bin, aber ich nehme die Tapferkeit von Herrn Hefti mit, der bei der PUK-Vorlage auch gesagt hat, er stelle einen anderen Antrag, obwohl er wahrscheinlich verlieren werde.

Ich bitte Sie also, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesrat zu folgen.

**Rieder Beat (M-E, VS):** Ich kann natürlich Herrn Kollege Hefti, der die Mehrheit vertreten hat, nicht im Regen stehen lassen. Es könnte sonst der Eindruck entstehen, die Kommission für Rechtsfragen sei sich da nicht grossmehrheitlich darüber einig gewesen, dass dieses Gesetz keinen Effizienz- und keinen Beschleunigungsgewinn für die Unternehmen in der Schweiz bringt. Das stand eigentlich im Zentrum der Beratungen in der Kommission: Bringt diese Vorlage etwas für die 14 000 bis 16 000 Unternehmer, die einen neuen Unternehmenschef suchen und finden müssen? Die Vorlage bringt ausser einem staatlichen Eingriff des Richters in eine private Unternehmung nicht viel.

Es ist uns bewusst gewesen, dass der Bundesrat dem Parlament oftmals Vorlagen unterbreiten muss, welche das Parlament verlangt. Es ist auch nicht die Pflicht des Bundesrates, dem Parlament zu sagen, dass die Vorstösse wenig zielführend sind – das ist so –, aber dieser Vorstoss ist effektiv nicht zielführend. Wir haben das in der Detailberatung wirklich integral und genau untersucht. Wir hatten ja bereits Vorarbeit geleistet. Und worin bestand die Vorarbeit? Wir haben im Erbrecht die verfügbare Quote, das heisst den Anteil des Unternehmens, den der Unternehmer seinen Erben entziehen und einem Dritten als Unternehmensnachfolger übergeben kann, erhöht. Wir haben auch die Kriterien für die pflichtteilsgeschützten Erben eingeschränkt. Mit diesen Voraussetzungen kann jeder verantwortungsbewusste Unternehmer – und er weiss ja, wann es Zeit ist, die Unternehmensnachfolge zu planen – nach geltendem Recht bereits genügend Massnahmen einleiten, um das Unternehmen zu übergeben.

Wir haben letzte Woche die Regulierungsvorlagen diskutiert und uns gefragt, woher all die Regulierungen kommen und was wir machen müssen, damit wir aus diesem ewigen Kreis herauskommen. Genau hier ist eine Vorlage, die keinen Mehrwert bringt. Wir haben das Erbrecht, wir haben die Voraussetzungen dafür, dass der Private seine Sache unter Beizug von Beratung regeln kann. Im Endeffekt wird Ihnen dieses Gesetz – auch wenn der Nationalrat Eintreten beschliesst, was ja nicht ausgeschlossen ist – mit den entsprechenden Änderungen nichts ausser mehr Regulierung bringen. Es wäre ein völliger Irrtum – ein völliger Irrtum! –, zu glauben, dass wir über das ZGB Streitigkeiten über das Erbe von Unternehmen ausschalten können. Das Gegenteil ist der Fall: Wir werden aufgrund der Änderungsanträge, welche in diesem Gesetz stehen, längere und härtere Prozesse haben.

Daher bitte ich Sie, nicht einzutreten.

**Noser Ruedi (RL, ZH):** Als Betroffener möchte ich mich auch noch kurz melden. Wir sind im Moment an der Unternehmensweitergabe. Ich bin stolz, dass mein Neffe bereits einen Teil der Unternehmung leitet. Mit fünf eigenen Kindern ist es nicht so eine einfache Sache, das darf man klar und deutlich sagen. Trotzdem bin ich der Ansicht, dass der Entscheid der Kommission für Rechtsfragen, nicht auf die Vorlage einzutreten, richtig



war:

1. Das heutige Erbrecht hat den Spielraum schon bedeutend vergrössert, das muss man klar und deutlich sagen.

2. Die Frage, was ein Unternehmen ist, ist eine schwierige Frage. Wir können uns im Moment ja nicht einmal mehr einigen, was Männer und Frauen sind. Bei einer Unternehmung ist es noch viel, viel schwieriger. Es ist nicht klar, was ein Unternehmen ist. Das kann eine einfache Bäckerei sein, es kann ein Hobby sein, das man nebenbei betreibt, es kann eine Firma mit zwanzig, hundert oder zehntausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sein. Es ist ein weiter Begriff, was ein Unternehmen ist. Und jetzt möchten Sie das Recht so anpassen, dass es für die Roche-Gruppe und den Bäcker um die Ecke identisch ist, indem Sie individuell auf diese eingehen wollen. Das erachte ich als sehr schwierig, da bleibe ich lieber beim allgemeinen Erbrecht.

Ehrlicherweise muss man sagen: Wenn man im Verlauf einer Nachfolgeregelung vor dem Richter steht, muss vorher einiges schiefgegangen sein. Wenn man zum Richter muss, heisst das, dass die Generation, die in der Firma tätig war, bei der Pensionierung nicht in der Lage war, die Nachfolge selbst zu regeln. Das heisst, sie war bis zu ihrem Tod selbst tätig, danach war die Familie nicht selbst in der Lage, das Problem zu lösen, und dann geht man vor Gericht. Das ist die Reihenfolge, um die es geht. Jetzt ist die Frage: Kann ein Gericht das besser lösen, was der Erblasser nicht lösen konnte, was die Familie nicht lösen konnte? Ich glaube, das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, und sage hier klar: Nein. Wenn ich nicht in der Lage bin, die Nachfolge zu regeln, wenn mir etwas passiert, wenn meine Familie nicht in der Lage ist, die Nachfolge zu regeln, dann ist der Richter auch nicht in der Lage, die Nachfolge zu regeln.

Ist das schlimm? Das ist nicht schlimm. Unternehmen sind nicht für die Ewigkeit gemacht. Ich glaube, das ist das Einzige, was für alle Firmen stimmt. Unternehmen werden gegründet – ich glaube, jedes Jahr 50 000 neue –, also müssen auch irgendwo 50 000 wieder untergehen; denn sonst haben Sie irgendwann eine unendlich grosse Zahl von Unternehmen. Das ist nicht das Problem. Unternehmen sind nicht für die Ewigkeit gemacht.

Ich bin klar der Ansicht, dass dieses Gesetz zwar vielleicht ein, zwei Probleme lösen kann, aber viele, viele neue schafft. Daher kann ich nur eines klar sagen: Mit dem aktuellen Erbrecht wird der Familie und dem Unternehmer sehr vieles zur Verfügung gestellt, und er soll die Nachfolge, wenn immer möglich, regeln, bevor der Todesfall eintritt. Das ist der Weg, den wir gehen müssen. Das heisst, wenn man ein Erbrecht für Unternehmer machen müsste, dann müsste man sie zwingen, die Nachfolge bis 70 geregelt zu haben.

**Fässler Daniel (M-E, AI):** Wenn man als Kommission dem Rat eine Vorlage mit dem Antrag auf Nichteintreten vorlegt, erhält man nicht selten den Vorwurf, man habe sich nicht genügend mit der Materie befasst, zumal es in diesem Fall, wie Kollege Sommaruga festgestellt hat, eine Vorlage ist, die vom Parlament gewünscht und verlangt wurde. Ich kann für mich

AB 2023 S 640 / BO 2023 E 640

sagen: Ich bin dieser Vorlage mit grosser Sympathie begegnet, ich hatte den Eindruck, es sei durchaus angezeigt, dass wir uns mit der Frage befassen, wie die Unternehmensnachfolge erleichtert werden kann. Die Kommission ist auf die Vorlage eingetreten, das möchte ich dem Rat sagen: Wir haben uns die Arbeit nicht einfach gemacht, wir haben Berichte einverlangt, wir haben uns wirklich vertieft mit der Vorlage des Bundesrates auseinandergesetzt.

An die Adresse von Kollege Würth: Es ist nicht so, dass wir die Probleme der KMU bei der Unternehmensnachfolge nicht anerkennen und sie negieren würden. Wir mussten aber erkennen, dass die Vorlage nach unserer Überzeugung erstens nicht taugt, zweitens, dass das bestehende Recht genügend Möglichkeiten bietet, um geeignete Lösungen innerhalb der Familie zu finden, und drittens haben wir keine Alternativen gesehen. Ein Eintreten und damit faktisch eine Rückweisung an die Kommission würde bedingen, dass man auch wissen müsste, was man denn machen könnte. Diese Alternativen haben wir nicht gesehen, sie liegen auch nicht auf dem Tisch.

Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen – wie die ganze Kommission, es gibt ja keine Minderheit –, nicht auf die Vorlage einzutreten.

**Bauer Philippe (RL, NE):** Je vais aussi vous demander de ne pas entrer en matière sur ce projet. Non pas que le problème de la transmission d'une entreprise après un décès n'existe pas. Il y a effectivement un certain nombre d'entreprises et d'entrepreneurs ou d'héritiers d'entrepreneurs qui peuvent être concernés par un problème de reprise ou de transmission de l'entreprise. Mais la solution proposée qui se veut uniquement administrative dans l'attribution et l'évaluation de l'entreprise ne règle pas véritablement la question. A mon sens, les problèmes qui se posent sont en effet de trois ordres.



Le premier, c'est de savoir si l'entreprise fait partie de la masse successorale, si elle fait partie des éléments à liquider dans le cadre de la liquidation du régime matrimonial. Oui, c'est le cas. Peut-être que là, il y aurait une piste de réflexion. Mais en l'état, il semble compliqué de modifier le code civil pour exclure les entreprises de ces questions.

La deuxième question qui peut se poser est celle des réserves dans le droit successoral. Nous avons déjà modifié ce droit en réduisant les réserves d'un certain nombre d'héritiers, ce qui permet éventuellement d'en favoriser un dans le cadre, notamment, du transfert d'entreprises.

La troisième option que nous pourrions avoir, sur laquelle nous n'avons guère de prise, c'est que les banques jouent le jeu et qu'elles acceptent de permettre la transmission d'entreprises sans demander, à chaque fois, des garanties et des garanties sur les garanties ou, comme on le dit parfois en français, une ceinture et des bretelles, pour pouvoir prêter de l'argent à l'entreprise qui repart.

Dans la mesure où il paraît très difficile de toucher à ces éléments-là, le projet, qui reste très technocratique, ne mérite à mon avis pas que nous entrions en matière.

**Baume-Schneider** Elisabeth, conseillère fédérale: Personne ne remettra ni ne remet en question le fait que les PME sont le poumon économique de notre pays. On en comptait près de 600 000 en 2020, ce qui représente plus de 3 millions de places de travail en équivalent plein temps.

L'immense majorité d'entre elles sont en quelque sorte des micro-entreprises, des entreprises familiales, qui emploient entre une et neuf personnes. Le décès du chef ou de la cheffe d'entreprise constitue un événement pour le moins significatif, qui peut mettre en péril la poursuite de l'activité entrepreneuriale. En effet, notre droit des successions ne prévoit aucune disposition spéciale pour régler cette situation, et on ne saurait négliger le fait que certaines règles du droit des successions peuvent même être, aux yeux du Conseil fédéral, considérées comme des entraves à la poursuite de l'activité entrepreneuriale. Je pense en particulier à l'obligation qui est faite à l'héritier reprenneur de reconstituer immédiatement la réserve des cohéritiers, ou encore à l'interdiction faite au juge de déterminer à qui attribuer les biens de la succession.

Il faut peut-être préciser que cette absence de réglementation adéquate a fait l'objet de critiques de la part de la pratique et de la doctrine depuis plusieurs années. Dans le cadre de la première révision du droit des successions, à laquelle a fait référence M. le conseiller aux Etats Bauer, par rapport aux modifications des quotités, il a été reconnu que l'augmentation de la quotité disponible était une première mesure nécessaire, mais que l'adaptation de mesures supplémentaires et ciblées sur les entreprises était nécessaire.

Die Unternehmensnachfolge ist vielleicht kein häufiges, aber doch ein praktisches Problem in der Schweiz. Es wäre daher falsch, zu behaupten, dass die Schwierigkeiten, die Familienunternehmen bei der Erbteilung haben können, nur theoretischer Natur sind. Das haben die Vernehmlassung und die Anhörungen Ihrer Kommission klar gezeigt. Die jüngsten Studien zu diesem Thema zeigen deutlich, dass mehrere tausend KMU in den nächsten Jahren aufgrund von Nachlassregelungen Finanzierungsprobleme bekommen könnten. Eine Studie der Universität St. Gallen von 2018 spricht von rund 3400 Unternehmen pro Jahr, eine andere Studie aus dem Jahr 2022 nennt sogar die noch beeindruckendere Zahl von 18 600 Unternehmen.

Dans ces circonstances, aux yeux du Conseil fédéral, notre responsabilité politique est d'améliorer – cela a été dit – ces conditions-cadres, afin d'éviter que le décès d'un entrepreneur ne puisse impliquer parallèlement la fin de son entreprise et, par conséquent, la perte d'emplois.

Votre commission propose néanmoins de ne pas entrer en matière sur le projet. Elle estime qu'il n'est pas nécessaire, puisque la transmission d'entreprises par succession s'effectue en principe – et c'est exact – d'un commun accord. Votre commission a également estimé que le projet était trop compliqué, qu'il n'apportait pas la sécurité juridique qui peut, qui doit, en être attendue.

Permettez-moi de mentionner encore pourquoi le Conseil fédéral continue à penser qu'il y a lieu de légiférer et ne partage pas l'avis de la commission, en vous invitant à bien vouloir entrer en matière. Premièrement, pour ce qui est de la genèse du projet et du contexte général, cela a été dit et je le répète volontiers: ce projet a été lancé en 2016, à la suite de l'impulsion claire donnée par plusieurs participants à la procédure de consultation relative à la première révision du droit des successions. Le Conseil fédéral, soucieux de renforcer la protection des PME et les emplois, a justement entendu cette demande, cet appel, et a élaboré ce projet. Deuxièmement, l'avant-projet et les propositions ont été bien accueillis, voire extrêmement bien accueillis en consultation. Je rappelle que 21 cantons, quatre partis politiques et 20 organisations les ont expressément soutenus. De plus – et c'est suffisamment précieux, voire rare, pour le souligner –, l'avant-projet a été soutenu tant par les milieux économiques, que ce soit Economiesuisse, Gastrosuisse notamment, le Centre patronal, ou encore l'Usam qui vous a tout récemment écrit, que par les syndicats, comme l'Union syndicale suisse. Ces participants ont reconnu et salué les effets positifs que cette réforme ne manquerait pas d'avoir sur l'économie.



Enfin, le besoin de légiférer a été reconnu par l'ensemble des spécialistes en matière successorale, tant du point de vue académique que pratique. Le projet est donc attendu et suscite beaucoup d'espoir, quand bien même il ne convainc pas la majorité de votre commission.

En résumé: tous les projets législatifs ne bénéficient pas de conditions-cadres aussi favorables. Avant que votre commission ne se saisisse du dossier, la nécessité de légiférer n'avait jamais été remise en question. Et pour cause: le thème est important, il est central et les attentes sont élevées. Il est donc important d'y donner suite et de discuter de son contenu par la suite.

Premièrement, j'en arrive à deux considérations sur le fond du dossier, sans bien sûr entrer dans le détail à ce stade. Avant toute chose, il est important de rappeler que le dispositif proposé ne s'appliquera que si le défunt n'a pris aucune disposition testamentaire sur le sort de son entreprise. Le projet est en quelque sorte un filet de sécurité, qui s'applique à titre subsidiaire. Il est évidemment toujours préférable que la cheffe ou le chef d'une entreprise anticipe et planifie

**AB 2023 S 641 / BO 2023 E 641**

soigneusement sa succession. Mais, en réalité, 20 pour cent des entreprises individuelles et 10 pour cent des sociétés à responsabilité n'ont pas réglé leurs successions.

Tout à l'heure, il a été relevé qu'il était difficile de s'accorder sur la définition exacte d'une entreprise. Je précise néanmoins que ce projet ne concerne aucunement les entreprises cotées en bourse: ces dernières sont exclues de cette disposition légale.

Deuxièmement, je peux vous rassurer sur le fait que le dispositif proposé par le Conseil fédéral tient soigneusement compte de tous les intérêts en présence, c'est-à-dire autant des intérêts de l'héritier reprenneur que de ceux des cohéritiers. Le projet attribue ainsi toute une série de droits supplémentaires aux héritiers qui ne reprennent pas l'entreprise, afin de protéger leurs réserves légales.

Troisièmement, même si le sujet est technique ou complexe, cela ne doit pas pour autant empêcher le législateur de se montrer actif. Par ailleurs, c'est précisément parce que le sujet est complexe que le Conseil fédéral a décidé de ne régler que les questions essentielles, en des termes aussi simples que possible, tout en laissant une certaine marge d'appréciation – cela a été dit – aux tribunaux.

Ainsi, et contrairement à ce qui a parfois été évoqué, le projet ne va pas augmenter les litiges entre les héritiers, bien au contraire. J'aimerais rappeler que certaines dispositions du droit en vigueur soulèvent de nombreuses questions, et qu'il en résulte des incertitudes juridiques. En créant un cadre légal aussi clair que possible, nous augmentons la sécurité et surtout la prévisibilité du droit, ce qui est d'ailleurs l'un des objectifs de ce projet. Les conflits entre les héritiers devraient donc diminuer, et non pas augmenter.

En conclusion, les entreprises et surtout les PME sont un pilier central de notre économie. Il est donc plus important de tout mettre en oeuvre afin d'éviter que le décès d'une cheffe ou d'un chef d'entreprise ne puisse mettre l'entreprise en péril, quand bien même elle n'a effectivement pas un droit à la pérennité. Le projet contribue à diminuer ce danger et à anticiper d'éventuels problèmes, ainsi qu'à faciliter la transmission de l'entreprise dans le cadre successoral. Il supprime simultanément une lacune de notre droit des successions, tout en donnant suite à une demande qui avait été formulée il y a plusieurs années par les milieux économiques et par la pratique, qui sont absolument d'accord sur ce point.

Vous l'aurez compris, le Conseil fédéral vous invite à rejeter la proposition de la majorité de votre commission – je ne sais pas si c'est l'esprit de Genève qui est intervenu à ce moment-là, vu que c'était une séance à l'extérieur – et vous invite à entrer en matière.

**Abstimmung – Vote**

(namentlich – nominatif; 22.049/5912)

Für Eintreten ... 12 Stimmen

Dagegen ... 27 Stimmen

(4 Enthaltungen)

**Präsidentin** (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Das Geschäft geht an den Nationalrat.